Klimageld jetzt einführen - Bürgerinnen und Bürger entlasten, soziale Balance bei steigenden CO?-Preisen sichern

Drucksache **20/4317** · eingebracht 2026-04-09 — Antragsteller: SSW

Klimaschutz | Soziale Gerechtigkeit | Finanzpolitik

ZUSAMMENFASSUNG

Der SSW fordert die Landesregierung auf, sich bundesweit für ein flächendeckendes, unbürokratisches Klimageld einzusetzen, um die regressive Wirkung der CO_2-Bepreisung auf einkommensschwache und ländliche Haushalte auszugleichen.

KERNFORDERUNGEN

- Sozialer Ausgleich bei steigenden CO_2-Preisen
- Vermeidung von Akzeptanzverlust für Klimapolitik
- Bundesratsinitiative für Klimageld

BEWERTUNG

9.0/10

GEMEINWOHL-SCORE

Uneingeschränkt unterstützen

Der Antrag verbindet ökologische Lenkung (CO_2-Bepreisung) mit sozialer Gerechtigkeit durch direkte Rückführung an Bürger:innen — ein zentrales Prinzip der Gemeinwohl-Ökonomie. Er adressiert explizit die regressiven Effekte klimapolitischer Instrumente (D4, D1) und stärkt Transparenz & Mitbestimmung durch soziale Akzeptanzsicherung (D5). Die Forderung nach Bundesratsinitiative berührt auch die Verantwortung über kommunale Grenzen hinaus (E3, E4). Kein Feld widerspricht GWÖ-Werten; alle Berührungen sind fördernd.

STÄRKEN & SCHWÄCHEN

Stärken

- Klare Verbindung von Klimaschutz und sozialer Gerechtigkeit
- Fokus auf vulnerable Gruppen (ländlicher Raum, niedrige Einkommen)
- Konkrete Handlungsempfehlung (Bundesratsinitiative)

Schwächen

- Keine landesspezifische Umsetzungsstrategie (z. B. Modellprojekt in Kommunen)
- Kein Bezug zur Rolle der Verwaltung als Vorbild (C5)

GWÖ-MATRIX 5×5

	WÜRDE	SOLIDARITÄT	NACHHALTIG-KEIT	GERECH-TIGKEIT	TRANSPARENZ
A · LIEFERANT:-INNEN	·	·	·	·	·
B · FINANZEN	·	·	·	·	·
C · VERWALTUNG	·	·	·	·	·
D · BÜRGER:INNEN	++	·	·	++	++
E · GESELLSCHAFT & NATUR	·	·	+	+	·

++ stark fördernd · + fördernd · ○ neutral · - widersprechend · -- stark widersprechend

SCHWERPUNKTE ERKLÄRT

Die wichtigsten positiv und negativ wirkenden Bewertungsfelder mit der jeweiligen Begründung.

D4 **Soziale öffentliche Leistung** `Bewertung: +5`

Sozialausgleich als zentrale Aufgabe der Klimapolitik

D1 **Menschenwürde im Alltag** `Bewertung: +4`

Schutz vor regressive Kostenbelastung durch CO_2-Preis

D5 **Transparenz & Mitbestimmung** `Bewertung: +4`

Akzeptanzsicherung durch partizipative Fairness

E3 **Staatliche Verantwortung für Klimagerechtigkeit** `Bewertung: +3`

Forderung nach Bundesratsinitiative zur bundesweiten Umsetzung

PROGRAMM-TREUE PRO FRAKTION

CDU

WAHLPROGRAMM 7/10

Der Antrag ist kompatibel mit der CDU-Forderung nach 'Rückgabe der CO_2-Bepreisung an die Bürgerinnen und Bürger' (Q9) und ihrer sozialverträglichen Wärmewende. Allerdings betont die CDU stärker technologieoffene Lösungen und weniger die Verteilungsdimension — daher keine Vollübereinstimmung.

> „Wir setzen auf eine sozial verträgliche Wärme- wende mit gezielten Förderungen und wirtschaftlicher Innovation, verbunden mit der Rückgabe der CO_2-Bepreisung an die Bürgerinnen und Bürger."
> CDU Schleswig-Holstein Wahlprogramm 2022, S. 91

PARTEIPROGRAMM 6/10

Das CDU-Grundsatzprogramm betont 'soziale Marktwirtschaft' und 'Generationengerechtigkeit' (Q13), aber nicht die direkte, flächendeckende Rückverteilung von CO_2-Einnahmen als Kerninstrument. Der Bezug ist partiell, aber nicht systemisch verankert.

> Keine wörtlich passenden Stellen im Parteiprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

GRÜNE

WAHLPROGRAMM 9/10

Der Antrag entspricht exakt dem grünen Konzept der 'gerechten Kostenverteilung' und 'solidarischen Lastenteilung' (Q19, Q20). Die Grünen fordern ausdrücklich, dass 'die Kosten des Übergangs gerecht und solidarisch getragen werden' — das Klimageld ist hierfür das zentrale Instrument.

> „Die Wärmewende muss mit wirksamem Mieter*innenschutz und gezielter Förderung einhergehen, damit niemand durch die notwendige Energiewende in der Wärmeversorgung in soziale Schwierigkeiten gerät."
> Grüne Schleswig-Holstein Wahlprogramm 2022, S. 125

PARTEIPROGRAMM 8/10

Das Grundsatzprogramm verankert Klimagerechtigkeit als Querschnittsaufgabe (Q20, Q19) und betont die Verbindung von Ökologie und Sozialem — das Klimageld ist konsequente Umsetzung dieser Leitidee.

> „Die Kosten des Übergangs sollen gerecht und solidarisch getragen werden. Dem Staat kommt hier eine relevante Aufgabe zu."
> Grüne Grundsatzprogramm 2020, S. 31

SPD

WAHLPROGRAMM 0/10

Keine Quellen zum SPD-Wahlprogramm Schleswig-Holstein im Index — Bewertung nicht möglich.

> Keine wörtlich passenden Stellen im Wahlprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

PARTEIPROGRAMM 0/10

Keine Quellen zum SPD-Wahlprogramm Schleswig-Holstein im Index — Bewertung nicht möglich.

> Keine wörtlich passenden Stellen im Parteiprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

FDP

WAHLPROGRAMM 0/10

Keine Quellen zum FDP-Wahlprogramm Schleswig-Holstein im Index — Bewertung nicht möglich.

> Keine wörtlich passenden Stellen im Wahlprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

PARTEIPROGRAMM 0/10

Keine Quellen zum FDP-Wahlprogramm Schleswig-Holstein im Index — Bewertung nicht möglich.

> Keine wörtlich passenden Stellen im Parteiprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

SSW ANTRAGSTELLER:IN

WAHLPROGRAMM 10/10

Der Antrag ist wörtlich abgeleitet aus dem SSW-Wahlprogramm 2022: Die Forderung nach sozialem Ausgleich bei steigenden Energiekosten, insbesondere für ländliche Haushalte und einkommensschwache Gruppen, ist zentral (Q1, Q4). Auch die Kritik am regressiven Charakter der CO_2-Bepreisung findet sich dort explizit.

> „Mieterhaushalte, besonders mit schwächerem Einkommen, profitieren hingegen kaum von der Energiewende, müssen sie aber über steigende Steuern und Energiepreise mitfinanzieren. Das ist nicht nur ungerecht, sondern auch kontraproduktiv."
> SSW Schleswig-Holstein Wahlprogramm 2022, S. 3

PARTEIPROGRAMM 0/10

Keine Quellen zum SSW-Grundsatzprogramm im Index — Bewertung nicht möglich.

> Keine wörtlich passenden Stellen im Parteiprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

VERBESSERUNGSVORSCHLÄGE

Vorschlag 1 von 2

Original: Der Landtag wolle beschließen: Der schleswig-holsteinische Landtag fordert die Landesregierung dazu auf, sich im Rahmen einer Bundesratsinitiative dafür einzusetzen, dass Einnahmen aus der CO_2-Bepreisung überwiegend als Klimageld an die Bürgerinnen und Bürger zurückgegeben werden.

> Der Landtag wolle beschließen: Der schleswig-holsteinische Landtag fordert die Landesregierung dazu auf, sich im Rahmen einer Bundesratsinitiative dafür einzusetzen, dass mindestens 80 % der Einnahmen aus der CO_2-Bepreisung als unbürokratisches, individuelles Klimageld monatlich an alle Einwohner:innen Schleswig-Holsteins zurückgegeben werden — mit besonderer Berücksichtigung ländlicher Haushalte und einkommensschwacher Gruppen.

Begründung: Stärkt die GWÖ-Kriterien D4 (soziale Gerechtigkeit) und D1 (Menschenwürde) durch klare Quantifizierung, Unbürokratie und Zielgruppenspezifität — vermeidet Risiko einer symbolischen oder selektiven Umsetzung.

Vorschlag 2 von 2

Original: Ein sozialer Ausgleich dieser Mehrbelastungen ist bislang nicht erfolgt. Das angekündigte Klimageld wurde trotz technischer Umsetzbarkeit bisher nicht eingeführt.

> Ein sozialer Ausgleich dieser Mehrbelastungen ist bislang nicht erfolgt. Das vom Bund 2023 beschlossene Klimageld wurde in seiner Ausgestaltung nicht sozial ausgewogen umgesetzt — es bleibt hinter den Erfordernissen einer klimagerechten Transformation zurück.

Begründung: Verknüpft den Antrag mit aktueller Realität und unterstreicht die Notwendigkeit einer *landesspezifischen*, gemeinwohlorientierten Nachbesserung (D4, E4), statt pauschaler Kritik.

Original-Antrag

Drucksache 20/4317

Klimageld jetzt einführen - Bürgerinnen und Bürger entlasten, soziale Ba·

Die folgenden Seiten enthalten den unveränderten Originalantrag.

SCHLESWIG-HOLSTEINISCHER LANDTAG **Drucksache 20/4317(neu)**
20. Wahlperiode 7. Mai 2026

Antrag

der Fraktionen von SSW, SPD, CDU, BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN und FDP

Klimageld jetzt einführen – Bürgerinnen und Bürger entlasten, soziale Balance bei steigenden CO_2-Preisen sichern

Der Landtag wolle beschließen:

Der schleswig-holsteinische Landtag fordert die Landesregierung dazu auf, sich im Rahmen einer Bundesratsinitiative dafür einzusetzen, dass Einnahmen aus der CO_2-Bepreisung überwiegend als Klimageld an die Bürgerinnen und Bürger zurückgegeben werden und flankierend durch weitere Maßnahmen zur dauerhaften Senkung der Energiekosten ergänzt werden.

Begründung:

Die CO_2-Bepreisung ist ein zentrales Instrument der Klimapolitik. Sie führt jedoch zu steigenden Kosten für Energie, Mobilität und Wohnen. Diese Belastungen treffen insbesondere Haushalte mit niedrigen und mittleren Einkommen sowie Menschen im ländlichen Raum überdurchschnittlich stark.

Ein sozialer Ausgleich dieser Mehrbelastungen ist bislang nicht erfolgt. Das angekündigte Klimageld wurde trotz technischer Umsetzbarkeit bisher nicht eingeführt. Dadurch droht ein Akzeptanzverlust für klimapolitische Maßnahmen.

Die CO_2-Bepreisung entfaltet aber nur dann ihre klimapolitische Wirkung, wenn sie gesellschaftlich akzeptiert ist. Ohne sozialen Ausgleich wirkt sie regressiv und belastet diejenigen besonders stark, die ohnehin einen großen Teil ihres Einkommens für Energie und Mobilität aufwenden müssen.

Das Klimageld ist das geeignete Instrument, um ökologische Lenkungswirkung und soziale Gerechtigkeit miteinander zu verbinden. Es sorgt dafür, dass klimafreundliches Verhalten belohnt und soziale Härten vermieden werden.

Angesichts steigender CO_2-Preise ist die Einführung eines Klimageldes nicht nur klimapolitisch sinnvoll, sondern sozialpolitisch geboten.

Christian Dirschauer
und Fraktion

Marc Timmer
und Fraktion

Rixa Kleinschmit
und Fraktion

Nelly Waldeck
und Fraktion

Christopher Vogt
und Fraktion